



Ergebnisprotokoll über die 4. Sitzung des Arbeitskreises Politik und Stadtgesellschaft (Initiativen) zum Autobahnausbau in Leverkusen einschließlich der PWC-Anlage, am Donnerstag, 28.09.2023, von 18:30 Uhr bis 20:00 Uhr, im Ratssaal der Stadt Leverkusen

Teilnehmende aus der Politik:

CDU: Rh. Stefan Hebbel, Rh. Rüdiger Scholz (MdL)
SPD: Rf. Ariane Koepke, Herr Julian Frohloff
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Rh. Christoph Kühl, Herr Sven Weiss
BÜRGERLISTE: Rh. Horst Müller
AFD: Herr Peter Morawietz
FDP: Herr Bartels
Klimaliste Leverkusen: Rh. Benedikt Rees
Einzelvertreterin: Rf. Gisela Kronenberg

Teilnehmende aus der Stadtgesellschaft:

3 reicht!: Herr Friedrich Rohdenburg
ADFC Leverkusen: Herr Uwe Witte
Beirat für Menschen mit Behinderungen: Herr Dr. Axel Böttger
BUND: Herr Dr. Ralf Bell
Currenta: Herr Martin van Nooy
For-Future-Bewegungen: Herr Moritz Hegmann, Frau Anja Bryx
Gesundheitsexperte: Herr Norbert Mülleneisen, FA für Lungen- u. Bronchialheilkunde
Interessengemeinschaft Bürrig: Frau Birgit Alderath
Interessengemeinschaft Eisholz: Frau Marlene Geilen
Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt (LNU): Herr Alexander Dernbach
LEVkontraRaststätte: Herr Peter Westmeier
Lev muss leben: Frau Alice Werner
TSV Bayer 04 Leverkusen e.V./TecArena+ GmbH: Herr Josef Schiffer, Frau Anne Dannenberg

Teilnehmende aus der Verwaltung/dem Konzern Stadt:

Frau Beigeordnete Andrea Deppe, Vorsitzende, Dezernat für Planen und Bauen
Herr Benjamin Schulz, Wirtschaftsförderung Leverkusen GmbH (WfL)
Herr Arthur Horvath, Stadtmarketing (18)
Herr Martin Nowotka, Umwelt (32)
Frau Stefanie Krüger, Büro Baudezernat, Koordinierungsstelle Autobahnausbau (60)

I. Begrüßung und Organisatorisches

Die Vorsitzende des Arbeitskreises, Frau Beigeordnete Andrea Deppe, begrüßt alle Anwesenden zur 4. Sitzung des Arbeitskreises aus Politik und Stadtgesellschaft zum Autobahnausbau in Leverkusen einschließlich der PWC-Anlage.



II. Kurzer Bericht der Verwaltung

➤ Akteneinsicht

Frau Krüger (Koordinierungsstelle Autobahnausbau) informiert die Arbeitsgruppe über die Akteneinsicht in die Abwägungsentscheidungen zur Festlegung der Vorzugsvarianten für den Ausbau der Autobahnen 1 und 3 in Leverkusen.

Diese Akteneinsicht wurde gemäß Beschluss des Rates beim Landesbetrieb Straßenbau NRW, bei der Autobahn GmbH des Bundes, beim Landesministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr sowie beim Bundesministerium für Digitales und Verkehr beantragt.

Der Landesbetrieb Straßenbau verfügt über keine Akten, diese sind mit Gründung der Autobahn GmbH auf diese übergegangen. Die Autobahn GmbH lehnte die Akteneinsicht mit der Begründung ab, dass das Planfeststellungsverfahren für die Abschnitte 2 und 3 noch nicht begonnen habe und sie in diesem Verfahren nicht auskunftspflichtig sei; die Autobahn GmbH verwies auf die Zuständigkeit des Bundesministeriums. Die beiden Ministerien des Bundes und des Landes stimmten schließlich einer Einsichtnahme zu.

Die Verwaltung hat nun die auf Planfeststellungsverfahren spezialisierte Anwaltskanzlei beauftragt zu prüfen, ob die Autobahn GmbH die Akteneinsicht verweigern kann. Eine Empfehlung der Anwälte besteht darin, dass nun in einem ersten Schritt die Akteneinsicht bei den beiden Ministerien bei Bund und Land durchgeführt und ausgewertet wird. Dieser Empfehlung soll zunächst gefolgt werden. Die Fachanwälte werden die Akteneinsicht durchführen und anschließend dem Rat in öffentlicher Sitzung berichten.

➤ Visualisierung des Autobahnausbaus

In der Sitzung dieses Arbeitskreises im März 2023 wurde festgestellt, dass die großen Probleme, die durch den Ausbau in den Abschnitten 2 und 3 auf die gesamte Region und insbesondere auf die Stadt Leverkusen zukommen, in der Bevölkerung noch nicht angekommen sind. Der ADFC hatte vorgeschlagen, entlang der A 1 und A 3 Gerüsttürme aufzustellen, damit die Bevölkerung die Ausmaße des Ausbaus erkennen kann. Frau Beigeordnete Deppe sagte eine diesbezügliche Prüfung zu.

Frau Krüger (Koordinierungsstelle Autobahnausbau) informiert, dass die Verwaltung im Jahr 2017 an der Stelzenbrücke ein Gerüst zur Visualisierung der Ausbaubreite aufgestellt hatte. Die Kosten beliefen sich damals auf ca. 15.000 Euro; zudem waren Gestattungsverträge mit dem damals zuständigen Landesbetrieb Straßenbau NRW sowie mit Bayer 04 Leverkusen erforderlich. Problematisch bei den vorgeschlagenen Gerüsttürmen sind nicht nur die bauordnungsrechtlichen Anforderungen (wie z.B. die Statik), sondern vor allem die 40 Meter Anbauverbotszone an Autobahnen, wonach die Autobahn GmbH des Bundes in diesen Bereichen jeder baulichen Veränderung zustimmen muss.



Daher sollte über andere Möglichkeiten der Visualisierung, wie z. B. eine Videoinstallation, nachgedacht werden. Rf. Kronenberg (Einzelvertreterin) schlägt vor, entsprechende Markierungen in den Privatgärten der betroffenen Anwohner anzubringen; Rf. Kronenberg (Einzelvertreterin) wird hier entsprechende Kontakte herstellen. Rh. Rees (Klimaliste Leverkusen) bittet um Prüfung, ob im Bereich der Stelze eine dauerhafte Markierung zur Visualisierung der Ausbaubreite möglich ist. Frau Beigeordnete Deppe sagt diese Prüfung durch die KS zu.

III. Termin in Berlin am 19.09.2023 beim Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV), Übergabe der Unterschriften aus der Online-Petition

➤ Bericht des Bündnisses „Keinen Meter mehr!“

Herr Frohloff (SPD) berichtet als ein Vertreter des Bündnisses „Keinen Meter mehr!“ wie folgt von den Ergebnissen der Petitionsübergabe beim Bundesverkehrsministerium am 19.09.2023:

„Am 19.09.2023 konnten die ca. 11.200 Unterschriften sowie 3.902 Kommentare der Online Petition an den Ministerialdirektor Michael Puschel und Herrn Baudirektor Erhard Zangl übergeben werden. Mit Herrn Puschel und Herrn Zangl standen die richtigen Fachleute für ein Gespräch zur Verfügung, sodass ein inhaltliches Fachgespräch stattgefunden hat.“

Im Detail wurde über den Zeitplan des Planfeststellungsverfahrens für die Abschnitte A1/Stelze und A3, die aktuellen Kostenberechnungen und die Aufstellung des neuen Bundesverkehrswege- und Mobilitätsplan 2040 gesprochen:

Das gemeinsame Planfeststellungsverfahren für beide Abschnitte soll zwischen den 2027 bis 2029 durchgeführt und abgeschlossen werden. Eine spätere Zeitschiene ist damit durch das Ministerium bestätigt worden.

Das Ministerium ist noch einmal auf die bedeutenden Kostenunterschiede und die Bauzeiten zwischen den ausgewählten Vorzugsvarianten in Hochlage und den geprüften Tunnelvarianten eingegangen:

- A 1
 - Kürzeste Bauzeit: ca. 4,5 Jahre (vgl. Tunnel ca. 10 Jahre)
 - Niedrigste Baukosten: ca. 473 Mio. Euro (vgl. Tunnel: ca. 841 Mio. Euro)
- A 3
 - Kürzeste Bauzeit: ca. 4,5 Jahre (vgl. Tunnel: bis 9,5 Jahre)
 - Niedrigste Baukosten ab 448 Mio. Euro (vgl. Tunnel: bis zu 4.011 Mio. Euro)
- Das Ministerium ist nach Haushaltsverordnung und nach Gesetz verpflichtet, die wirtschaftlichste Variante auf die Lebenszeit der Bauwerke auszuwählen, Umwelt und Gesundheitsaspekte erfahren aber auch eine Würdigung. Spielraum besteht nur im begrenzten Maß. Mehrkosten zu einer anderen städtebaulich attraktiveren Variante müssten ggf. durch einen anderen Kostenträger übernommen werden.



Als Bündnis haben wir vor allem auch darauf hingewiesen, dass Leverkusen nicht bereit ist weitere wertvolle Stadtfläche zu opfern und die Gesundheit und Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger aufs Spiel zu setzen.

Die Vertreter des Ministeriums haben verdeutlicht, dass aktuell der neue Bundesverkehrswege- und Mobilitätsplan 2040 in Vorbereitung ist. In diesem können ggf. Umwelt und Gesundheitsaspekte einen höheren Stellenwert einnehmen. Der neue Plan wird in der nächsten Legislaturperiode ab 2025 durch den Bundestag beraten und beschlossen. Durch das späte Planfeststellungsverfahren für die beiden Ausbaubereiche in Leverkusen besteht daher noch eine Chance eine Veränderung durch einen Beschluss des Bundestages zu erwirken.“

Auf Antrag von Rh. Rees (Klimaliste Leverkusen) wird der Bericht von Herrn Frohloff (SPD) zu Protokoll genommen.

Der Arbeitskreis diskutiert im Anschluss kontrovers, ob der neue Bundesverkehrswegeplan für die aktuellen Ausbauplanungen für die Abschnitte 2 und 3 bei der Autobahn GmbH ausschlaggebend sein wird.

IV. „Brandbrief“ aus dem Arbeitskreis vom 04.05.2023

- Antwortschreiben des BMDV vom 24.08.2023
(vgl. Anlage zu dieser Tagesordnung)

Die bisher ausgebliebene Reaktion auf den gemeinsamen „Brandbrief“ der Mitglieder des Arbeitskreises vom 04.05.2023 an Herrn Bundeskanzler Scholz, die zuständigen Ministerinnen und Minister sowie die Fraktionen in Bund und Land wird im Arbeitskreis diskutiert und mehrheitlich kritisiert. Lediglich das Bundesministerium für Digitales und Verkehr hatte mit Schreiben vom 24. August 2024 auf den „Brandbrief“ reagiert. Im Arbeitskreis wird vereinbart, dass die politischen Vertreterinnen und Vertreter im Arbeitskreis zunächst ihre Kanäle nutzen und hier in einer angemessenen Frist um eine Antwort bitten, bevor ein weiteres offizielles Schreiben erfolgt.

V. Themenmeldungen aus der Stadtgesellschaft:

Frau Birgit Alderath (Interessengemeinschaft Bürriq)

- Rolle und Einbindung des TSV/Bayer 04
Frau Alderath (Interessengemeinschaft Bürriq) erläutert, dass die Mitglieder und Mitarbeiter/innen des TSV während der Bauzeit der Autobahnen erhebliche Probleme haben werden, ihre Sportstätten zu erreichen. Auch für den Bundesligaverein wird es zu großen Problemen kommen, die entsprechenden Parkflächen für den Betrieb zu erhalten. Frau Alderath (Interessengemeinschaft Bürriq) bittet die Vertreter des TSV Bayer 04 / TecArena + hierzu um Stellungnahme, vor allen Dingen in Anbetracht der neutralen Haltung von Verein und Bayer 04 gegenüber der Autobahn GmbH.
Herr Schiffer (TSV Bayer 04) führt aus, dass er als Mitarbeiter der Bayer AG und Koordinator der Bayer-Interessen/des ChemParks im Zusammenhang



mit dem Ausbauabschnitt 1 in der Zusammenarbeit mit der Autobahn GmbH gute Erfahrungen gemacht hat; beim Ausbau der Abschnitte 2 und 3 geht Herr Schiffer (TSV Bayer 04) davon aus, dass alle Belange und Interessen wie Zufahrten zu den Sportanlagen, Parkflächen etc. zur Aufrechterhaltung des Sport- und Wirtschaftsbetriebes bei der Planung berücksichtigt und erhalten werden bzw. gemeinsam nach alternativen Lösungen mit der Autobahn GmbH gesucht wird.

- Ergebnis des Gesprächs zwischen Herrn Bundesminister Lauterbach (MdB) und Herrn Landesminister Krischer
Frau Alderath (Interessengemeinschaft Bürrig) erkundigt sich nach den Ergebnissen des Gesprächs zwischen Herrn Bundesminister Lauterbach und Herrn Landesminister Krischer. Rh. Scholz (CDU) stellt dar, dass es sich bei dem Termin um ein Vier-Augen-Gespräch gehandelt hat, so dass das Ergebnis nicht bekannt ist.

- Wunsch nach Verbesserung der Kommunikation zwischen Verwaltung, Politik und Stadtgesellschaft
Frau Alderath (Interessengemeinschaft Bürrig) äußert den Wunsch nach einer verbesserten Kommunikation und Information zwischen Politik, Verwaltung und der Stadtgesellschaft, insbesondere über die Internetpräsenz der Seite „Keinen Meter mehr!“. Frau Alderath (Interessengemeinschaft Bürrig) schlägt vor, auch die anderen sozialen Medien, wie Facebook oder Instagram zu nutzen, um auch mehr junge Menschen bei dem Thema mitzunehmen. Herr Horvath (18) erläutert, dass beim jetzigen Planungsstand bei dem Thema „Autobahnausbau“ ein „blinder Aktionismus“ eher kontraproduktiv ist und vielmehr dann berichtet werden sollte, wenn es wirklich etwas zu berichten gibt, um das Thema immer wieder in den Mittelpunkt zu rücken.
Frau Beigeordnete Deppe weist darauf hin, dass Politik, Verwaltung und Stadtgesellschaft bei diesem wichtigen Thema als Multiplikator fungieren müssen, um das Thema weiter zu verbreiten und immer wieder ins Gespräch zu bringen.
Frau Beigeordnete Deppe sagt zu, dass Zwischenstände künftig über die Internetpräsenz „Keinen Meter mehr!“ kommuniziert werden sollen, um so die Informationsweitergabe zu verbessern. Darüber hinaus steht auch die Koordinierungsstelle Autobahnausbau weiterhin für Fragen und Anregungen zur Verfügung.

Herr Peter Westmeier (LEVkontraRaststätte)

PWC-Anlage:

- Bericht von einem Gespräch mit Frau Nyke Slawik (MdB) sowie Rh. Rüdiger Scholz (MdL) am 01.06.2023 bei der DEGES GmbH
Herr Westmeier (LEVkontraRaststätte) berichtet dem Arbeitskreis von dem Gespräch bei der DEGES. Die Vorplanung für eine PWC-Anlage am Fester Weg ist erstellt und soll jetzt durch das Bundesministerium für Digitales und Verkehr und die Autobahn GmbH bestätigt werden. Die Ergebnisse will die



DEGES in einer öffentlichen Informationsveranstaltung vorstellen. Danach beginnt eine ca. zweijährige Entwurfsplanung durch die DEGES. Herr Westmeier (LEVkontraRaststätte) geht davon aus, dass ein anschließendes Genehmigungsverfahren gegen alle Widerstände durchgesetzt werden soll.

- Bericht zur Verhandlung beim Verwaltungsgericht Köln am 12.07.2023 über „nachträglichen Lärmschutz“ an der A 1 in Lützenkirchen
Herr Westmeier (LEVkontraRaststätte) berichtet über die Gerichtsverhandlung. Der vorsitzende Richter hatte hier die Verzögerungstaktiken der Autobahn GmbH sehr bemängelt. Nachgewiesene und durch das Gericht bestätigte gravierend fehlerhafte Lärmschutzberechnungen im Planfeststellungsverfahren Anfang der 80er-Jahre werden nicht mehr berichtigt. Mehrere Klagen wurden abgewiesen; lediglich eine Klage hatte Erfolg, weil in dem betreffenden Abschnitt beim Ausbau der A1 (von 4 auf 6 Spuren) Anfang der 80er Jahre kein Lärmschutz errichtet wurde. Diese Erkenntnis müsse dann allerdings auch für andere Anwohner in diesem Bereich gelten. Deren Ansprüche werden nun geprüft.

VI. Verschiedenes und Ausblick

Frau Beigeordnete Deppe kündigt die nächste Arbeitskreissitzung spätestens für das Frühjahr 2024 an und bedankt sich abschließend für den konstruktiven Austausch. Die Ergebnisse dieser Sitzung werden wieder durch die Koordinierungsstelle Autobahnausbau protokolliert und dem Gremium übermittelt. Darüber hinaus wird die Verwaltung eine Pressemitteilung herausgeben.

12.10.2023

Koordinierungsstelle für den Autobahnausbau

Stefanie Krüger-Witte

Telefon 0214 406 88

autobahnausbau@stadt.leverkusen.de

→ Politik, Stadtgesellschaft und Verwaltung mit der Bitte um Kenntnisnahme